

# Notizen zur Berichterstattung über den Russischen Krieg in der Ukraine in den deutschen Medien

Clemens Knobloch

*Input für die RLS NRW-Mitgliederversammlung am 14. Mai 2022*

[0] In mehr als einer Hinsicht ist es eine undankbare Aufgabe, hier bei der RLS über den Mediendiskurs zum Ukrainekrieg zu sprechen. Ich nenne nur einleitend ein paar Gründe dafür:

[a] Der medienöffentliche Diskurs zum Ukrainekrieg ist so eindeutig, gleichförmig und einstimmig, dass es wirklich keine Diskursspezialisten braucht, um ihn zu „verstehen“. Ein alter Freund hat mir geschrieben, ich könne mich jetzt als Sprachwissenschaftler und Grammatiker getrost dem Adjektiv widmen. Der schlagartig aufgenommene Eskalations-, Aufrüstungs- und Militarisierungsdiskurs im Westen erklärt sich selbst. Missverständnisse seien kaum möglich, Aufklärung sei nicht nötig.

[b] Im Umkreis der Linken und der RLS gilt zudem, dass die Fragmentierung und Aufspaltung der Positionen und Reaktionen weit fortgeschritten ist. So etwas wie eine gemeinsame Einschätzung (oder gar eine „Parteilinie“) ist nirgends zu erkennen. Daraus folgt zwingend, dass jeder Versuch, die Dinge und Verhältnisse zu deuten, die eine oder andere Gruppierung provozieren und zu Widerspruch reizen wird. Was wiederum damit zusammenhängt, dass

[c] es gleichermaßen unmöglich und doch unbedingt notwendig ist, der durch den Krieg (durch jeden Krieg!) forcierten binären gut-böse-Logik zu entkommen. Es ist gleichermaßen unmöglich, die Dinge „unparteiisch“ und neutral zu beschreiben oder zu analysieren, jede sprachliche Darstellung transportiert Wertung und Parteinahme. Es ist aber zugleich auch offensichtlich, dass analytisch und strategisch nur der Versuch weiterhilft, das Geschehen aus kalter Distanz unter die Lupe zu nehmen.

Es gibt in diesem Krieg nicht DIE gute und DIE böse Seite. Automatische moralische Reaktionen (der Angegriffene ist der Gute etc.) helfen nicht weiter.

Die praktische und strategische Schlussfolgerung für jeden analytischen Versuch kann darum eigentlich nur sein: möglichst vielen, möglichst allen auf die Füße zu treten. Mal sehen, ob mir das gelingt!

[1] Der § 1 für Linke lautet: In der Ukraine kämpfen derzeit zwei imperiale und kapitalistische Blöcke gegen einander um militärische und ökonomische Einflusszonen. Kein Linker hat auch nur den mindesten Grund, sich für die eine oder die andere Seite einzusetzen. Weder für Putins noch für Selenskys Oligarchen sollte irgendein Sozialist Blut vergießen (wollen). Die offizielle Version des Kriegs bei uns lautet freilich: Hier kämpft das heldenhafte ukrainische Volk gegen den imperialen russischen Aggressor. Und die hoch moralischen westlichen und atlantischen Akteure kommen dem ukrainischen David gegen den russischen Goliath zu Hilfe. Diese Version ist mit einigem Abstand am verlogensten.

Wer seine Murmeln beisammen hat, weiß, dass wir es mit der letzten Eskalationsstufe der militärischen Einkreisung Russlands durch die NATO zu tun haben. Die russische Annexion der Krim (Chruschtschow, selbst Ukrainer, hatte sie in den 1950er Jahren der Ukrainischen Sowjetrepublik „geschenkt“) war geostrategisch unvermeidlich. In Sewastopol liegt die Russische Schwarzmeerflotte. Für die (eigentlich seit 1990 überständige) NATO ist der Krieg in der Ukraine dagegen ein (nicht nur diskursives) Revitalisierungsmittel. Weil alle wissen, dass die ukrainischen Truppen zwar ihr Land verteidigen, in diese Lage aber nur gekommen sind, weil sie seit dem Umsturz nach den Maidan-Ereignissen stellvertretend das Geschäft der NATO betreiben. Die ukrainische Kriegsrhetorik verwaltet in der Hauptsache diese Ressource gegenüber den (offiziellen) NATO-Mitgliedern. Eine andere hat sie nicht.

Das eigentlich „Neue“ an der Diskurslage nach dem russischen Angriff ist so simpel und banal, dass es wirklich keine Diskurslinguisten braucht (und es ist zugleich so wirkungsvoll, dass diskurslinguistische „Aufklärung“ dagegen nichts ausrichten wird): Die neue Lage erlaubt es, zugleich auf der moralisch unbedingt guten Seite des angegriffenen Opfers zu stehen und Aufrüstung, Eskalation und Kriegshetze zu betreiben. Wen wundert es, dass die (in Sachen Okkasionalismus gut trainierten) Atlantiker- und NATO-Truppen in unseren Medien begierig nach der Gelegenheit greifen. Sie kommt so nie wieder.

Im Übrigen ist das rhetorische Repertoire der Kriegspropaganda sehr begrenzt und seit dem Ersten Weltkrieg eigentlich immer das gleiche (Morelli 2004). Es ist von verzweifelter

Monotonie und wird in aller Regel von beiden Kriegsparteien gleichermaßen genutzt. Ich reproduziere die schematische Liste aus Morelli (2004):

- 1.1 Wir wollen keinen Krieg!
- 1.2 Der Gegner ist allein für den Krieg verantwortlich!
- 1.3 Der Führer des feindlichen Lagers wird dämonisiert
- 1.4 Wir verteidigen ein edles Ziel und keine besonderen Interessen!
- 1.5 Der Feind begeht wissentlich Grausamkeiten, wenn wir Fehler machen, geschieht dies unbeabsichtigt
- 1.6 Der Feind benutzt unerlaubte Waffen
- 1.7 Wir erleiden geringe Verluste, die Verluste des Feindes sind erheblich
- 1.8 Anerkannte Kulturträger und Wissenschaftler unterstützen unser Anliegen
- 1.9 Unser Anliegen hat etwas Heiliges
- 1.10 Wer unsere Propaganda in Zweifel zieht, arbeitet für den Feind und ist damit ein Verräter

So gut wie alles, was wir täglich in unseren Medien serviert bekommen, ist mit dieser Liste abgedeckt.

Der § 2 für Linke lautet: Die Moralisierung des Kriegs hilft seinen Opfern nicht, sie gibt nur denen ein gutes Gefühl, die diese Moralisierung betreiben (Hegels „schöne Seelen“!). Nur wer die Hintergründe analysiert, kann konstruktive Friedenspolitik machen. Die angegriffene Seite ist nicht automatisch die „gute“ Kriegspartei. Die Moralisierung löst den Konflikt aus den Zusammenhängen, zu denen er gehört, und macht ihn damit unverständlich und monströs. Moral gehört zur zwischenmenschlichen Nahoptik. Am Platz ist sie, wo es um die Unterstützung für Geflüchtete, um humanitäre Fragen, Folgen etc. geht. Zur Entstehung und zur Beendigung des kriegerischen Konflikts kann sie nicht beitragen. Anders gesagt: „Gut“ ist nur, was den Krieg deeskaliert. Wer sich auf eine gut/böse-Optik zu den Kriegsparteien einlässt, wie sie derzeit im hegemonialen Diskurs rabiart durchgesetzt wird, der hat schon verloren. Moralische Parteinahme kann Analyse und Diskussion nicht ersetzen, im Gegenteil, sie blockiert den nüchternen Blick. Statt dem sehr menschlichen Bedürfnis nachzugeben, sofort eine gute und eine böse Seite zu identifizieren, tut man gut daran, das eigene moralische Urteil auszuhängen und die moralisierten Motive der eigenen Seite in den Blick zu nehmen.

Angebracht ist die moralische Perspektive da, wo man sich klarmacht, dass jede Handlung „gut“ ist, die zur Verkürzung und Beendigung des Kriegs beiträgt (und jede „böse“, die ihn intensiviert und verlängert – was für den ständig steigenden öffentlichen Druck gilt, die Ukraine immer höher zu rüsten! Hierzu auch Wahl 2022). Darüber hinaus ist Moral natürlich angezeigt, wo es um Opfer- und Flüchtlingshilfe, um humanitäre Angelegenheiten geht.

[2] Die „Neue Zeit“, „Zeitenwende“, „Epochenbruch“, „aufgewacht in einer anderen Zeit“-Rhetorik, die andeutet, dass Ausgleich, Verständigung, Verhandlung nicht mehr zählen, sondern Aufrüstung, Feindschaft, Krieg. Sie klingt, in ihrer Einstimmigkeit, ein wenig so, als ob die deutschen (und die anderen „westlichen“) Eliten schon lange auf eine Gelegenheit gewartet hätten, sie unisono zu intonieren. Die Rhetorik der „Zeitenwende“ erklärt zum Ereignis, was das Ergebnis politischer Entscheidungen und politischen Willens ist. Renationalisierung (bzw. selektive „Verblockung“) der Ökonomie, das Ende der liberalen Globalisierung, das „Decoupling“ der sich neuformierenden militärisch-ökonomischen Blöcke – all das war längst seit Jahren auf dem Weg, als Putin in der Ukraine einmarschierte. Diese Decoupling-Bewegung ist diskursiv repräsentiert im Lied, das von „unserer Abhängigkeit von Russland/China“ handelt und das „Northstream II“ zu einem geradezu mythischen Komplex gemacht hat (Link 2022). Der Krieg liefert diesen schon länger laufenden Rearrangements der kapitalistischen Welt einen Beschleuniger und ein unwiderstehliches Zurechnungsmotiv. Putins Einmarsch in die Ukraine wird demnächst an allem schuld sein, was auch sonst passiert wäre: Gigantisch steigende Preise für Energie und Lebensmittel, massive Aufrüstung, Block-Protektionismus, zusammenbrechende Lieferketten, Nichterreichen ökologischer Ziele etc.

Markant ist in diesem Zusammenhang der (von den Atlantikern in allen Redaktionen aufgebaute) mediale Druck zur rückwirkenden Umdeutung der deutschen Politik der vergangenen 30 Jahre. Sie wird jetzt so dargestellt, dass alle eine Mitschuld trifft, die sich in der Vergangenheit um Ausgleich (und Geschäft!) mit Russland gekümmert haben. Die müssen jetzt in Sack und Asche gehen und besonders laut nach schweren Waffen für die Ukraine schreien, um ihre Fehler aus der Vergangenheit wieder gut zu machen. Wenn Russland als „absoluter Feind“ etabliert werden soll, dann muss das Land „schon immer“ furchtbar böse gewesen sein. Selbstverständlich nutzt man auch die Ressourcen, die sich aus der Gleichsetzung des gegenwärtigen oligarchischen und staatskapitalistischen Regimes mit der Sowjetunion ergeben. Die russische Rhetorik gibt da Steilvorlagen. Restlos verdeckt wird in dieser Umdeutungskampagne aber, dass es vor allem Putins Russland gewesen ist, das sich in den vergangenen 20 Jahren um Ausgleich und Verständigung bemüht hat.

In ihrer Gesamtheit gleicht die Zeitenwende- und Epochenbruch-Rhetorik dem Versuch, die jüngere Geschichte so umzuschreiben, dass kompromisslose Aufrüstung und Kriegsvorbereitung daraus folgen. Es ist keineswegs nur Putin, der die Geschichte umschreibt!

[3] Klassische Kriegspropaganda ist die (in vielen Varianten erzählte) David-gegen-Goliath-Geschichte. Sie hat eine Variante, in der bei den „Guten“ die Frauen Molotowcocktails basteln und ihre Männer an die Front schicken, während bei den „Bösen“ die jugendlichen Soldaten reihenweise desertieren. Diese Geschichte ist umso erwartbarer, als Evidenz immer leicht beizubringen ist. Und selbstverständlich erklärt der Aggressor (vom Kosovokrieg über Libyen, den Irak etc.) stets, dass er „chirurgische Präzisionsschläge“ gegen „militärische Objekte“ führt, während der Angegriffene Bilder von bombardierten zivilen Objekten, Opfern in der Zivilbevölkerung etc. veröffentlicht. In diesem Sinne könnte man (mit Jürgen Link) sagen: Putin hat der NATO ihren Diskurs geklaut. Auch bei den NATO-Kriegen ging es selbstverständlich um die Verhinderung von Völkermord, um (erfundene) Massenvernichtungswaffen, um einen Hitler-Wiedergänger. Und im zirkulierenden Bild der Ukraine greifen reaktiv die heroischen Züge um sich, die doch im deutschen Bild der Serben, Iraker, Afghanen etc. merkwürdigerweise völlig fehlten, als die von der NATO angegriffen wurden.

[Zusatzbemerkung: In einer Afghanistanreportage von *Dlf* und *WDR* (sie handelt, versteht sich, von Mädchen, die nicht mehr in die Schule dürfen) wird über einen Taliban-Offiziellen gesprochen. Der Reporter schildert ihn, mit schwarzem Bart, Turban und militärischem Outfit, und sagt dann ganz naiv: Er sehe aus wie jemand, der noch bis vor kurzem Ziel einer US-amerikanischen „Spezialoperation“ hätte werden können! Was er meint, ist die außergesetzliche Hinrichtung per Drohne. In der Tat: Putin hat der NATO ihr Narrativ geklaut.]

[4] Programmatisch zentral scheint mir der folgende Punkt: Kämpfen muss man jetzt vor allem gegen das, was Jürgen Link als „binären Reduktionismus“ bezeichnet: den unbedingten Zwang, sich entweder ganz auf der „guten“ oder aber ganz auf der „bösen“ Seite zu verorten. Jede differenzierte Argumentation, schon jede Erinnerung daran, dass die NATO und der Westen massenhaft Kriege gegen die Zivilbevölkerung geführt haben, wird mit dem neuen Kontaminationsbegriff des „Putin-Verstehers“ belegt und sanktioniert werden. Die öffentliche Verbannung alles Russischen nimmt wahnhafte Züge an: Künstler, Sportler, Medien, Organisationen, Personen, die es gewagt haben, Beziehungen mit russischen Institutionen zu unterhalten (politisch: Schwesig, Schröder, Platzeck allen voran, kulturell: kann sich jeder selbst zusammensuchen, sportlich: einfach Zeitung aufschlagen). Wer einem russischen Künstler jetzt noch applaudiert, lebt gefährlich. All das wäre noch vor ein paar Wochen unbedingt unter „Rassismus“ gebucht worden. Jetzt ist es „normal“. Und wenn der

ukrainische Botschafter alle Russen zu Feinden erklärt, hält sich die Empörung in engen Grenzen.

[5] Was die Breitenwirkung der westlichen Eskalationspropaganda betrifft, sollte man den moralischen Boulevard nicht unterschätzen. Ein Beispiel: Am 8. März 2022 ein modellbildender Kommentar im „Echo des Tages“ in *WDR5*: Der Autor beginnt mit einer Szene, in der eine brave deutsche Familie sich zu einem Wochenendausflug im Auto aufmacht. Im Tank: Benzin aus russischem Erdöl. Folge: Der brave Familienausflügler finanziert mit seinem Tun den brutalen russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine. Darauf die höchst suggestive Frage: „Wollen wir das?“. Das Ziel ist klar. Einen ganz ähnlichen Kommentar gab es auch schon am Vortag. Vielleicht sollte man das als die moralisch-liberale, an jeden Einzelnen adressierte Version der Kriegsoffer-Propaganda bezeichnen. Was kann man machen gegen diese gutmenschliche Variante der Militarierungs-, Kriegs-, Eskalations- und Ausnahmezustandsgeilheit im Westen?

Seither hat sich dieses diskursive Muster erheblich ausgeweitet. Mittlerweile (wir schreiben den 6. April) dominiert die (ziemlich penetrante) diskursive Engführung von aversiver Anti-Russland- und Anti-Putin-Rhetorik mit der positiv-programmatischen Öko- und Klimawandel-Rhetorik: Alles, was wir zu tun haben, schadet zugleich Putin und nützt den globalen Öko- und Klimazielen. Was will man mehr? Dass sich da immer mehr Aufweichungen ehemals heiliger Ökoprinzipien einschleichen? ...Nun ja, das ist eben alles Putin schuld. Und das wird gebraucht, damit die Grünen sich vor ihrer ökologischen Basis rechtfertigen können (falls es die wirklich noch gibt). Brauchen die Grünen am Ende Putin, um eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf den Autobahnen doch noch durchzusetzen? Und die Atomlobby nutzt auch die Gunst der Stunde und bringt verlängerte Laufzeiten der AKWs ins Spiel. Nur kann sie uns noch nicht so recht erklären, wie man damit im nächsten Winter heizt. Die *NZZ* spricht (am 8. April 2022) von der „Instrumentalisierung“ des Kriegs für die banalsten Wirtschafts-, Image- und Machtinteressen. Die Kohlelobby ist natürlich auch dabei...

*Opfer, Verzicht, Gewissen, Scham, Tapferkeit, Feigheit* usw.? All das klingt wie auferstanden aus der untergegangenen moralischen Welt einer katholischen Gewissenserforschung – und füllt heute die Rundfunkkommentare und die Zeitungen, wenn es um „unsere“ Haltung zum Ukrainekrieg und zu Russland geht. Auf *Arte* bezeichnet jemand die (überwiegend rechtsradikalen) Söldner aus westlichen Ländern, die in der Ukraine gegen Russland kämpfen wollen, als „Idealisten“. Müssten dann nicht auch diejenigen, die aus den europäischen

Ländern kommend für den Islamischen Staat in den Krieg ziehen, „Idealisten“ sein? Die Propagandisten des „postheroischen“ Zeitalters werden in der *FAZ* bereits verspottet, der klassische Kriegsheld feiert, von einem Tag auf den anderen, seine glorreiche Wiederauferstehung. Der Ex-Bundespräsident Gauck hält es (sprechend gewiss aus seinem gut gewärmten Büro) für kein Problem, wenn die Bevölkerung einweilen ohne Heizung durch den Winter kommen muss. Wir müssen schließlich alle Opfer bringen, wenn wir schon nicht selbst Helden werden können. Und Frieren lockert nicht nur unsere Abhängigkeit von russischer Energie, es ist sogar noch ökologisch. Und autofreie Sonntage (erprobt in der ersten Ölkrise der frühen 1970er Jahre) sind erst recht eine Win-win-Konstellation, wenn sie gut für die Ökologie und gut gegen Putin sind. Man darf gespannt sein, ob (und wie lange) diese abenteuerliche Engführung von Krieg und Ökologie hält!

[6] Durchaus lohnend wäre es dagegen, wenn auch die Westmedien einmal thematisieren würden, auf welche „Realität“ sich Putin bezieht, wenn er die „Entnazifizierung“ der Ukraine als Kriegsziel formuliert. *Le Monde Diplomatique* hat dankenswerter Weise (März 2022, S. 2) eine Diskursanalyse dazu angefertigt und teilt mit, was man in den US-amerikanischen und französischen Medien darüber erfährt, wie in Kiew Stepan Bandera, Führer der ukrainischen NS-Kollaborationsgruppen, als Nationalheld gefeiert wird, wie man der (aus ukrainischen Freiwilligen bestehenden) SS-Division „Galizien“ gedenkt, wie das Asow-Regiment, eine Neonazitruppe, nach 2014 in die ukrainische Nationalgarde integriert wurde, und einiges Ähnliche mehr. Gleichzeitig hat die Poroschenko-Regierung 2015 alle kommunistischen Symbole und Ideen unter Strafe gestellt. Dass Selensky (anders als Poroschenko) von manifest antisemitischen Veranstaltungen Abstand hält, versteht sich, stattfinden tun sie gleichwohl auch unter seiner Regierung. Auch so sieht der Weg der Ukraine in die westliche Wertegemeinschaft aus. Der ukrainische Botschafter in Deutschland Melnyk ist ein bekennender Verehrer des ukrainischen Kriegsverbrechers Bandera und ein Bewunderer des Asow-Regiments, das vor Mariupol nicht nur in linken Kreisen als faschistisch galt.

Pierre Rimbart (2022) kommt in *Le monde diplomatique* zu dem Ergebnis, dass in den französischen Medien (bei abundanter Berichterstattung über die Ukraine) kaum ein Wort über diese Dinge verloren wird (und fragt sich, was wohl geschehen würde, wenn Putin auf dem Roten Platz einen Neonaziaufmarsch ehren würde). In den USA (*New York Times*, *Washington Post*) sei die Lage ganz ähnlich. Lediglich in *The Nation* gab es 2021 einen Artikel, der die Glorifizierung von Nazi-Sympathisanten in der Ukraine.

Der *Deutschlandfunk* berichtet am 11. März (in einem – exemplarisch eiernden – Experteninterview) über das neonazistische Asow-Regiment in der Ukraine, mit dem begütigenden Tenor, das alles sei nicht so schlimm, weil das Regiment ja in die reguläre Armee integriert sei – und außerdem gebe es in Russland viel mehr Neonazis als in der Ukraine! Na dann. Man könnte es auch für eher beunruhigend halten, wenn Neonazi-Milizen in die ukrainische Armee integriert sind.

[7] Ein Diskursmotiv von vielen: Kein Satz dürfte in den deutschen Medien häufiger gedruckt worden sein in den vergangenen Monaten als der Satz, jedes Land habe das uneingeschränkte Recht, seine Bündniszugehörigkeit frei zu wählen. Da ging es um die Ukraine und die NATO (bzw. die EU). Seit wenigen Tagen kann man aber überall (vor allem im Handelsblatt und in der *FAZ*, im *SPIEGEL*) lesen, die Salomonen (wo liegen die Salomonen?!) hätten beschlossen, ihre Sicherheitsbeziehungen zu „diversifizieren“ (rhetorisch geschickt: „divers“ ist immer gut) und wollten jetzt nicht nur mit Australien, sondern auch mit der VR China Sicherheitsabsprachen treffen, was für die westliche Presse (auch die USA) „Besorgnis“ (das ist die mildeste Formel) auslöst. Ein Bündnis der Salomonen mit China würde eine winzige Lücke in die (ansonsten lückenlose) militärische Einkreisung Chinas durch die USA, Australien und Neuseeland im südchinesischen Meer reißen. So viel zur Bündnisfreiheit aller Staaten... (sofern die Salomonen ein Staat sind; pardon, das ist natürlich unverzeihliche neokoloniale Überheblichkeit). Und nun zur Weltmacht China selbst: Ihr drohen die USA und die EU mit schwersten Konsequenzen, sollte sie den Krieg Russlands gegen die Ukraine unterstützen. Man lässt der VR China hingegen die volle Freiheit, sich den westlichen Sanktionen gegen Russland anzuschließen. „Hasenfreiheit in Zeiten der Jagd“, nannte das Hannah Arendt.

Und selbst ein besonnener und mäßiger Autor wie der (sehr geschätzte) Ingo Schulze schreibt blauäugig in der *Süddeutschen Zeitung* vom 30.3.22, „dass jedem souveränen Staat grundsätzlich das Recht zusteht, sich dem Bündnis anzuschließen oder fernzubleiben, dem es sich anschließen oder fernbleiben möchte“. Als ob der „Westen“ (oder natürlich auch: der verblichene Warschauer Pakt) es jemals irgendeinem Staat freigestellt hätte, welchem Bündnis er sich anschließen möchte! Die Serie von orchestrierten Putschen und Regimewechseln in der Ukraine der vergangenen 15 Jahre beweist das Gegenteil.

[8] In ihrer Gesamtheit indizieren die Diskursdaten, dass die deutsche Regierung in der für uns alle lebenswichtigen Frage von Krieg und Frieden kein kompakter Akteur ist, sondern ein



willenloses und getriebenes Anhängsel der NATO und der USA (und ihrer ukrainischen Klienten). Es ist, als hätte die gesamte Mainstream-Politik geschworen, nicht dem „Wohl des deutschen Volkes“ (so die ominöse Formel des Grundgesetzes) zu dienen, sondern den strategischen Absichten der NATO und der USA. Der ukrainische Botschafter verlangt tagtäglich, dass Deutschland ihn gefälligst mit schweren Waffen versorge und beschimpft zeitgleich deutsche Politiker als Putin-Knechte. Wäre Deutschland ein souveräner Staat, hätte es den ukrainischen Botschafter längst ausweisen müssen. Alle hektischen Beschlüsse der ersten Kriegswochen (100 Milliarden Sondervermögen für Hochrüstung, 2% mindestens für die NATO-Aufrüstung etc.) widersprechen dem wohlverstandenen Interesse der Deutschen. Ganz abgesehen davon, dass sie souverän und ohne parlamentarische Debatte getroffen worden sind. Und der deutsche Bundespräsident reagiert mit Buße und mea-culpa-Sprüchen (in allen Zeitungen am 5. April 2022) auf die Beleidigungen und Angriffe des ukrainischen Botschafters – wie ein ertappter Hund, der den Pantoffel seines Herrchens zerkaut hat. Unbefangenen Beobachtern drängt sich der Eindruck auf, die Bundesrepublik werde künftig von Kiew und Washington aus regiert. Das alles ist in einem Maße unprofessionell, das eigentlich nur noch von der Corona-Politik übertroffen wird. Und: Jede derartige Diskursentgleisung ist mindestens ein zusätzliches Wählerprozent für die AfD, die ja bloß daran zu erinnern braucht, wen die deutsche Politik eigentlich vertreten sollte: die nämlich, die an allen Fronten verlieren werden durch den Krieg selbst (und vor allem: durch die hektischen und unüberlegten Reaktionen des Westens). Augenblicklich macht die Kriegsdrohung den Wähler konservativ, die „Altparteien“, zu denen gewiss auch die Grünen gehören, scheinen zu blühen. Aber diese Sicherheit ist trügerisch. Die Schockstrategie des Katastrophenkapitalismus (Naomi Klein 2007) treibt die Wählerschaft längerfristig nach rechts, weil es eine aktionsfähige und kompakte Linke (jenseits der nationalen Interessen) durchaus nicht mehr gibt. Und schon gar keine Akteure, die an transnationalen Friedens-, Entspannungsprojekten und Kooperation jenseits der neuen Block- und Lagerbildung interessiert wären.

Das Treffen der westlichen Verteidigungsminister in Ramstein, eingeladen von den USA und dem Pentagon (offenbar ohne Konsultierung des „Gastgebers“ Deutschland) Ende April unterstreicht, dass die USA jetzt die Regie des Krieges direkt übernommen haben.

Deutschland und die EU sind mittlerweile als subalterne Juniorpartner identifizierbar, die längst nicht mehr selbst entscheiden. Es war die USA, die mitgeteilt hat, dass künftig auf deutschem Boden ukrainische Kämpfer von US-Militärs ausgebildet werden. Geostrategisch „handelt“ der Krieg von der Frage, ob es den USA gelingt, trotz ihres „China-Schocks“ und

des Desasters in Afghanistan und im Irak ihre Rolle als einzige globale Ordnungsmacht gegen die wachsenden Bemühungen um eine plurizentrische Welt durchzusetzen. Damit die USA hier Erfolgchancen haben, müssen Russland und die EU in einen langdauernden militärischen Konflikt verwickelt werden. Das ist die strategische Ratio hinter der NATO-Osterweiterung – und die Ukraine ist der Schlussstein dieser Osterweiterung. Hätte Russland einen schnellen Sieg in der Ukraine erreicht, wäre dieses Szenario vielleicht verhindert worden. So hingegen sind die USA zwei Konkurrenten auf einmal los und können sich auf die Einkreisung Chinas konzentrieren.

[9] Viel wäre noch zu sagen zu diesem Komplex. Aus Zeitgründen aber nur noch eine Schlussbemerkung zur linken Vielstimmigkeit. Es gibt mittlerweile so viele (gegensätzliche) Papiere aus der Linken, dass es unmöglich ist, sich mit allen auseinanderzusetzen. Darum nur ein paar Worte zu Raul Zeliks „Nein zu Waffenlieferungen“ (2022) und Paul Schäfers „Die Linke und der Krieg: Erneuerung oder Niedergang“.

Raul Zelik beginnt mit der These, nicht die NATO-Kooperation der Ukraine habe den russischen Angriffskrieg ausgelöst, „sondern ihre bloße Existenz als sich öffnende postsowjetische Gesellschaft“. Und obwohl der militärische Widerstand der Ukraine eher „von gesellschaftlicher Selbstorganisation“ geprägt sei als von militärischen Befehlsketten, plädiert Raul Zelik gegen Waffenlieferungen, weil die Linke nicht an der Renormalisierung der Staatenkriege, sondern an einer multilateralen Sicherheitsordnung mitzuarbeiten habe. Dem kann ich nur zustimmen. Zweitens: Wenn „wir“ Waffen an die Ukraine liefern, dann werden diese für das Expansions- und Einkreisungsinteresse der NATO eingesetzt, und die sei nun einmal keine Bürgerinitiative, sondern der weltgrößte Verein von Kriegsverbrechern. Auch das leuchtet mir ein. Drittens schließlich kämen westliche Waffenlieferungen den Milizen, Warlords, den Rechtsradikalen Freiwilligenverbänden zugute, also (in den Worten Zeliks) den Feinden „von Emanzipation, Gleichheit und Demokratie im Inneren der ukrainischen Gesellschaft“. Auch das leuchtet mir ein, scheint mir aber in Widerspruch zu stehen mit dem etwas idyllischen Anfangsbild von der „sich öffnenden postsowjetischen Gesellschaft“. Geöffnet hat sie sich offensichtlich nicht so sehr für „westliche Werte“, sondern für rechtsradikale Banden, für das Verbot linker und russischer Organisationen und Medien etc., was man nicht erst seit den Maidan-Ereignissen beobachten kann. Aber vielleicht sind das ja die „westlichen Werte“.

Zudem lese ich in der sonst nicht eben für Linksradikalismus bekannten Zeitschrift der Gewerkschaft ver.di, dass es dort einige ziemlich ernste Bedenken gegen den geplanten

raschen EU-Beitritt der Ukraine gibt, weil das Land nicht einmal minimale Rechte der Beschäftigten etabliert hat:

Laut dem Gewerkschaftsmonitor 2021 der Friedrich-Ebert-Stiftung wollte die ukrainische Regierung zuletzt den Kündigungsschutz abschaffen, Null-Stunden-Verträge einführen und die Gewerkschaften deutlich schwächen. Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation wie die Vereinigungsfreiheit, die in der Europäischen Union gelten, würden damit verletzt. (Welzel 2022)

Das noch als Sahnehäubchen zu Wahlbetrug, Verbot linker Organisationen und Korruption. Da fragt man sich schon, wofür sich die „post-sowjetische Gesellschaft“ in der Ukraine geöffnet hat.

Das Papier von Paul Schäfer stimmt die Linke ganz auf den Kurs ein, der derzeit „volles Rohr“ in allen „Qualitätszeitungen“ gefahren wird. Alles, was seit sechs oder sieben Jahren vom Westen militärisch und politisch mit der Ukraine gemacht worden ist, um sie zum Schlusstein der NATO-Einkreisung Russlands zu machen, wird konsequent ignoriert. Stattdessen heißt es, die Ukraine stelle „weder eine autonome noch eine Bündnis-gebundene Bedrohung“ für Russland dar. Und ob die ukrainische Zivilgesellschaft vom Bedürfnis nach „Wohlstand und Freiheit“ getrieben wird oder nicht, ändert nichts daran, dass sie an einem imperialen Kampf um Einflusszonen auf der Seite der NATO teilnimmt, die Russland (und China) lückenlos eingekreist und mit Militärstützpunkten umgeben hat. Gegen wen sollte sich die systematische Aufrüstung der Ukraine durch den Westen gerichtet haben? Allein die USA haben in den vergangenen Jahren der Ukraine für mehr als 5 Milliarden Dollar Waffen geliefert. Und wenn man den Medien glauben kann, seit Beginn des Krieges noch einmal für 3 Milliarden.

Ein Loblied auf die ukrainische „Nationalstaatswerdung“ „nach Jahrzehnten der Russifizierung“ klingt von links auch eher ungewöhnlich. Da lobe ich mir die sowjetischen Zeiten, in denen es nach Auskunft vieler Beteiligten durchaus nicht darauf ankam, ob man russisch oder ukrainisch sprach. Und dass Verbote, Behinderung und Kriminalisierung alles Russischen (in einem Land, in dem Russisch die Erstsprache von, je nach Zählung, 30 bis 40% der Haushalte ist – vom Verbot aller linken Organisationen will ich gar nicht reden) zu dieser „Nationalstaatswerdung“ gehören, verdient wohl auch Erwähnung. Zur „Renaissance

ethno-nationalistischer Politiken“ zählt jedenfalls nicht nur Russland, sondern ganz vornean auch die Ukraine selbst.

Mir persönlich bleibt darüber hinaus unerfindlich, wie die Linke Kontur, Glaubwürdigkeit und Profil just dadurch gewinnen soll, dass sie sich restfrei in den Chor der Atlantiker eingliedert. Glaubt sie, dass man sie dann eher mitspielen lässt? Das wäre mehr als naiv. Auch bleibt das Papier eher wortkarg, wo es um die politischen Konsequenzen für die Programmatik der Linken geht. Soll sie das 100 Milliarden-Aufrüstungsprogramm der Bundeswehr unterstützen? Angriffswaffen für die Ukraine fordern?

Und war nicht die (bisher einigermaßen konsequente und konsistente) Friedenspolitik (neudeutsch gesprochen) das einzige übrig gebliebene „Alleinstellungsmerkmal“ der Linken? Wird es dann überhaupt noch etwas geben, was die Linkspartei programmatisch identifizierbar, vom Chor der selbsternannten „Mitte“ unterscheidbar macht

[10] Schluss: Für jeden halbwegs nüchternen Analytiker ist die Perspektive des deutschen Kapitalismus (Ex-Exportweltmeister!) verzweifelt, und die Reaktionen auf den US- und Ukraine-Druck bestätigen das. Die US-Politik behindert bzw. beendet nicht nur das Russland-, sondern auch das milliardenschwere China-Geschäft der Deutschen massiv. Wenn sich der einschlägige US-Druck verstetigt, ist es eine Frage der Zeit, bis die deutschen Produktionsstätten in Russland und China enteignet werden. Sollte noch mit den mid-term-Wahlen in den USA sich die Wiederkehr von Trump ankündigen (was ich für wahrscheinlich halte), dann ist auch der US-Exportmarkt für die deutsche Wirtschaft bedroht. Und wie beliebt der deutsche Exportweltmeister im letzten, dann verbleibenden EU-Markt ist, muss nicht weiter ausgeführt werden. So viel zur „Compliance“ der deutschen Wirtschaft und Regierung gegen USA und Kiew. Der deutsche Kapitalismus hat derzeit die Hosen mächtig voll. Und dazu hat er auch allen Grund. Das Geschäftsmodell des „Exportweltmeisters“ ist am Ende.

Dabei ist eben auch das eine banale Tatsache: Jede aktive NATO-Intervention (wie definiert man die? Lieferung von Angriffswaffen? Von wem? Über welche Wege und Umwege?) wäre der Beginn des Dritten Weltkriegs. Und wer spricht einfach die offenkundige Tatsache aus, dass die Ukraine von der NATO ausersehen worden ist, das „letzte Gefecht“ in der Einkreisung Russlands in Szene zu setzen? Wer erklärt öffentlich, dass die Ukrainer nicht die Schützlinge, sondern das Kanonenfutter der NATO sind? Wer, wenn nicht die Linke? Die (unwiderstehliche) Eskalationsstrategie der NATO (und ihrer atlantischen Kollaborateure in den westlichen Medien) besteht eben darin, dass Herr Stoltenberg auf der Vorderbühne

erklärt, die NATO sei nicht Kriegspartei und wolle das auch nicht werden, während sie von der Hinterbühne die Ukrainer (dosierte und russische Reaktionen austestend) antreibt und aufrüstet. Wahrlich keine beneidenswerte Lage für die Ukraine, dass sie ausersehen ist für die Entscheidungsschlacht zwischen der seit 20 Jahren vorrückenden NATO und Russland. Kurz: die eigentlich schon nach 1990 (mit der Auflösung des Warschauer Paktes) sinnlos gewordene NATO näherte sich dem Verfall, nachdem all ihre „out of area“-Einsätze ziemlich desaströs geendet hatten (vor allem im Irak und in Afghanistan, aber auch in Libyen, Kosovo etc.), sehr zum Missvergnügen der Atlantiker-Fraktion in den deutschen Medien, für die Europa plus Nordamerika die eigentliche Lebensbedingung des „Westens“ ist (und ergo jede Annäherung zwischen der EU und Russland von jeher des Teufels). Jetzt „steht“ die NATO wieder, so scheint es einstweilen, sie hat sich durchgesetzt, ihr Existenzrecht unter Beweis gestellt, jedenfalls im westlichen Diskurs, und muss geradezu zwingend den Russen eine vernichtende Lektion erteilen, damit künftig niemand mehr an ihr zweifelt. Eben das macht die Situation brandgefährlich. Denn auch für Russland ist es die letzte Chance, die NATO zu stoppen. Man erinnere sich: Vor ein paar Jahren hat Macron die NATO für „hirntot“ erklärt und Trump sie öffentlich für überständig und überflüssig gehalten.

## [11] Literatur

- Altwegg, Jörg (2022): „Moskaus Stimmen in der Schweiz“. *FAZ* vom 30. März 2022.
- Bovermann, Philipp (2022): „Regeln für den Informationskrieg“. *FAZ* vom 30. März 2022.
- Fischer, Thomas (2022): „Unser Krieg: nur die Wahrheit“. *Der Spiegel* vom 1.4.2022.
- Häsler, Georg (2022): „Krieg in der Ukraine. Drehbuch des russischen Angriffs“. In: *Neue Züricher Zeitung* vom 3. März 2022.
- Hanfeld, Michael (2022): „Kriegsleugner“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. März 2022. S. 9.
- Klein, Naomi (2007): *Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophenkapitalismus*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Konicz, Thomasz (2022): „Eine radikale Friedensbewegung ist nötiger denn je“. In: *Analyse und Kritik* Nr. 680 vom 15. März 2022. S. 6-7.
- Koopmann, Christoph (2022): „Nachrichten aus einer Hand. Ukrainische Medien leiden unter Selenskys 'einheitlicher Informationspolitik'“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 7./8. Mai 2022.

Krause, Joachim (2022): „Keine Eskalation zum Atomkrieg“. In: *FAZ* vom 31. März 2022. S. 8.

Krüger, Uwe (2016): *Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen*. München: Beck.

Lessenich, Stephan (2022): „Hier so, da so“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 8. April 2022. S. 5.

Link, Jürgen (2022): „Butscha und die 'Option' einer gefährlichen höheren Stufe der Eskalation“. In: *Krass & Konkret*.

Link, Jürgen (2022a): „Die Ukraine-Krise und ihre tendenzielle Dynamik“. In: *DISS-Journal* 43, Mai 2022. S. 3-7.

Morelli, Anne (2004): *Die Prinzipien der Kriegspropaganda*. Springer: Zu Klampen.

Müller, Reinhard (2022): „Das Volk als Schicksalsgemeinschaft“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. März 2022. S. 1.

Münkler, Herfried (2022): „Putin führt eine weltpolitische Zeitenwende herbei“. In: *Neue Züricher Zeitung* vom 3. März 2022.

Rimbert, Pierre (2022): „Ne pas voir, ne rien dire“. In: *Le Monde Diplomatique*, Mars 2022, S. 2.

rüb. (2022): „Michelangelos David trauert“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. März 2022. S. 12.

Schäfer, Paul (2022): „Die LINKE und der Krieg: Erneuerung oder Niedergang“. In: [derlinkeratschlag.de](http://derlinkeratschlag.de)

Schulze, Ingo (2022): „Lieber Freund“. In: *Süddeutsche Zeitung* vom 30 März 2022. S. 12.

Strauss, Simon (2022): „Das Gewissen macht Feige aus uns“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 14. März 2022. S. 9.

Wahl, Peter (2022): *Der Ukrainekrieg und seine geopolitischen Hintergründe*. Hintergrundpapier I der Attac-AG Globalisierung und Krieg.

Welzel, Petra (2022): „Nicht ohne Reformen“. In: *Europa. ver.di Publik Spezial* 3/2022. Zeitgeschehen im Fokus vom 15. März 2022: «Die Politik der USA war es immer, zu verhindern, dass Deutschland und Russland enger zusammenarbeiten». Historische, politische und wirtschaftliche Hintergründe des Ukraine-Kriegs. Interview mit Jacques Baud. [https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-4-vom-15-maerz-2022.html#article\\_1306](https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-4-vom-15-maerz-2022.html#article_1306)

Zelik, Raul (2022): „Nein zu Waffenlieferungen“. In: *Links bewegt* vom 16. März 2022.

Zenthöfer, Jochen (2022): „121 Euro pro Leser“. In: *FAZ* vom 2. April 2022. S. 14.